

Studien zum
deutschen und europäischen Arbeitsrecht

72

Johannes Schmid

Die arbeitsgerichtliche Kontrolle kirchlicher AVR sowie von AVR-Verweisungsklauseln

Instrumente, Maßstäbe und Prüfkriterien
der Kontrolle von AVR



Nomos

**Studien zum
deutschen und europäischen Arbeitsrecht**

Herausgegeben von

Prof. Dr. Martin Henssler, Universität zu Köln
Prof. Dr. Martin Franzen, Universität München
Prof. Dr. Abbo Junker, Universität München
Prof. Dr. Peter Schüren, Universität Münster

Band 72

Johannes Schmid

Die arbeitsgerichtliche Kontrolle kirchlicher AVR sowie von AVR-Verweisklauseln

Instrumente, Maßstäbe und Prüfkriterien
der Kontrolle von AVR



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Tübingen, Univ., Diss., 2018

ISBN 978-3-8487-5750-3 (Print)

ISBN 978-3-8452-9913-6 (ePDF)

D21

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Meinen Kindern

Vorwort

Diese Arbeit wurde im Sommersemester 2018 von der Juristischen Fakultät der Eberhard Karls Universität Tübingen als Dissertation angenommen.

Auf das Thema der Arbeit wurde ich in der Zeit nach meinem Berufseinstieg aufmerksam. Als Rechtsanwalt im arbeitsrechtlichen Referat einer mittelständischen Wirtschaftskanzlei habe ich damals sowohl kirchliche Einrichtungen als auch deren Arbeitnehmer anwaltlich beraten und gerichtlich vertreten. Ein erstes Verständnis für das Religionsverfassungsrecht hatte ich bereits während des Studiums mit dem Wahlfach Staatskirchenrecht erlangt.

Herzlich danken möchte ich meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. Hermann Reichold, der die Entwicklung der Arbeit stets ausdauernd und mit wertvollem Rat betreut und mir Freiheiten bei der Umsetzung meiner Gedanken gelassen hat; ihm verdanke ich auch die Entscheidung für dieses Thema. Großer Dank gebührt ihm und Herrn Prof. Dr. Ernst Mikosch weiterhin für die zügige Erstellung der Gutachten zur Dissertation.

Bei Herrn VRiLAG Dr. Peter Gegenwart und meinem damaligen Kanzleikollegen Dr. Caspar Köstler möchte ich mich ebenfalls herzlich für den ausdauernden und für die Entstehung der Arbeit sehr nützlichen Gedankenaustausch bedanken. Meinen damaligen Kollegen Martin Lindner, Dr. Caspar Köstler sowie meiner Frau danke ich sehr für das außerordentlich gründliche und kritische Korrekturlesen.

Ganz besonderer Dank gebührt schließlich aber meiner Frau, meinen Eltern, meiner Schwester und meiner Tante Anne. Ohne Eure langanhaltende und liebevolle Unterstützung und Ermutigung wäre diese Arbeit nicht fertiggestellt worden.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	23
I. Problemstellung	23
II. Gang der Untersuchung	27
III. Eingrenzung des Themas sowie Abgrenzung zu verwandten und zusammenhängenden Themen	30
1. Abgrenzung zum Streikrecht	30
2. Das Verfahren des „Dritten Weges“ – Eingrenzung auf die einschlägigen Aspekte	31
3. Verhältnis zwischen dem kirchlichen Selbstbestimmungsrecht und Art. 9 Abs. 3 GG	31
4. Dienstgemeinschaft	32
5. Richtigkeitsgewähr	33
1. Teil: Instrumente der gerichtlichen Überprüfung von AVR – Billigkeitskontrolle oder AGB-Kontrolle	34
I. Problemaufriss	34
1. Die Frage der Billigkeitskontrolle	34
2. Gang der Untersuchung	37
II. Die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts zur Billigkeitskontrolle von AVR	39
1. Die Rechtsprechung vor der Schuldrechtsreform	39
a) Die Entscheidung vom 4.2.1976	39
b) Die Entscheidung vom 17.4.1996	41
c) Die Entscheidung vom 6.11.1996	43
d) Die Entscheidung vom 28.1.1998	43
e) Weitere Entscheidungen zur Rechtslage vor der Schuldrechtsreform	44
2. Die BAG-Rechtsprechung nach der Schuldrechtsmodernisierung	45
a) Die Entscheidungen des 4. BAG-Senats vom 26.1.2005 und vom 8.6.2005	45
b) Die Entscheidung des 6. BAG-Senats vom 17.11.2005	46

Inhaltsverzeichnis

c) Die Entscheidung des 4. BAG-Senats vom 10.12.2008	47
d) Die Entscheidung des 4. Senats vom 18.11.2009	48
e) Die Entscheidung des 6. Senats vom 22.7.2010	48
3. Zusammenfassung der Rechtsprechungsentwicklung des BAG zur Billigkeitskontrolle von AVR seit Bestehen des Dritten Weges bis zur Gegenwart	50
III. Analyse der Billigkeitskontrolle als Instrument zur Überprüfung von AVR	51
1. Exklusivitätsverhältnis zwischen Billigkeitskontrolle und AGB-Kontrolle	51
2. Die Arbeitsrechtliche Kommission als Dritter i.S.v. § 317 Abs. 1 BGB	52
3. Der kirchliche Arbeitgeber als „Verwender“ i.S.v. § 305 Abs. 1 S. 1 BGB	54
4. Auslegung der Verweisungsklausel als Übertragung der Leistungsbestimmung auf einen Dritten	55
5. Billigkeitskontrolle bei nach Vertragsschluss geänderten AVR	56
6. § 317 BGB als Auslegungsregel – zum Maßstab der Billigkeitskontrolle	58
7. Vereinbarkeit der Billigkeitskontrolle mit dem Selbstbestimmungsrecht	59
8. Billigkeitskontrolle von AVR nach dem Paradigmenwechsel der Schuldrechtsreform	61
IV. Eigene Stellungnahme und Ausblick zur Billigkeitskontrolle als Kontrollinstrument von AVR	63
2. Teil: Das „Ob“ und das „Wie“ der richterlichen Kontrolle von AVR als primär verfassungsrechtlich zu beantwortende Frage	66
1. Kapitel: Die Auswirkung des kirchlichen Selbstverwaltungsrechts auf das „Ob“ und „Wie“ der Kontrolle	67
1. Artt. 140 GG/137 III WRV als originäre Normsetzungsbefugnis der Kirchen	67
2. Die Schaffung und Gestaltung von kirchlichem kollektivem Arbeitsrechts als eigene Angelegenheit i.S.v. Artt. 140 GG, 137 Abs. 3 WRV	69

3.	Wirkung des Selbstbestimmungsrechts im Bereich rechtlich selbständiger Werke und Einrichtungen der kirchlichen Wohlfahrtspflege	71
4.	Zwischenergebnis und Stellungnahme	72
2. Kapitel:	Die Folgen und Vorgaben für das „Ob“ und „Wie“ der Vertragskontrolle aus dem Spannungsverhältnis von Art. 9 III GG und Artt. 140 GG/137 III 1 WRV	73
1.	Begrenzung und Ausformung des kirchlichen Selbstbestimmungsrechts durch Art. 9 Abs. 3 GG bei der Schaffung und Anwendung von AVR	75
a)	Die Konkordanz von kirchlicher Selbstverwaltungsgarantie und Koalitionsfreiheit	77
b)	Folgen aus der Konkordanz von Artt. 140 GG/137 Abs. 3 WRV und 9 Abs. 3 GG: Paritätsanforderungen an das Verfahren des Dritten Weges	79
c)	Zusätzliche Verfahrensanforderungen aus der Entscheidung des 1. BAG-Senats vom 20.11.2012?	80
d)	Fazit	83
2.	Fernwirkung von Art. 9 Abs. 3 GG für die Vertragskontrolle von AVR	85
a)	Verhältnisbestimmung der Koalitionsfreiheit zur Klauselkontrolle von AVR	85
b)	Imperativ aus Art. 9 Abs. 3 GG zur Durchsetzung kollektiver kirchlicher AVR	86
3. Kapitel:	Die Bedeutung der Gleichwertigkeit von AVR und Tarifverträgen für das „Ob“ und das „Wie“ der Kontrolle von AVR	88
1.	Mehr als „materielle Richtigkeitsgewähr“: die Ausgewogenheitsgewähr von AVR	89
2.	Das Recht zum Arbeitskampf als (un-)geeignetes Kriterium für das „Ob“ und das „Wie“ der Kontrolle kirchlicher AVR	94
a)	Unterschiedliche Standpunkte der BAG-Senate zum Verhältnis zwischen Absenz des Arbeitskampfes und Ausgewogenheit von AVR	94
b)	Arbeitskampf und Ausgewogenheitsgewähr im Tarifrecht des öffentlichen Dienstes	96
c)	Fazit	97

Inhaltsverzeichnis

3.	Die „wesentliche Inhaltsgleichheit“ mit Tarifverträgen des öffentlichen Dienstes als (un-)geeigneter Maßstab einer gleichwertigen Ausgewogenheitsgewähr von AVR	97
4.	Eigene Stellungnahme	99
4. Kapitel:	Schuldrechtliche Qualität von AVR als Voraussetzung einer Vertragskontrolle – die Frage der normativen Wirkung	101
1.	Die Bedeutung des Rechtsnormcharakters für die Vertragskontrolle von AVR	101
2.	Begründungstheorien zur Normwirkung – Meinungsstand im Schrifttum	104
a)	Analoge Anwendung von § 4 Abs. 1 TVG	104
b)	Analogie aus §§ 118 Abs. 2 BetrVG, 112 BPersVG arbeitsrechtlichen Gesetzen mit Kirchenklauseln	105
c)	Verbandsrechtliche und rechtsgeschäftliche Unterwerfung	106
d)	Rechtsnormwirkung unmittelbar aus der kirchlichen Selbstverwaltungsgarantie	107
e)	Kirchengesetzliche Anordnung mit Wirkung für den staatlichen Rechtskreis	110
3.	Ergebnis und eigene Stellungnahme	113
a)	Ergebnis zur Frage der Rechtsnormwirkung	113
b)	Tragende Gründe der fehlenden Normwirkung	114
c)	Normative Wirkung kirchlicher AVR de lege ferenda	114
d)	Fazit: Schuldrechtlicher Charakter mit verfassungsrechtlich „verdichteter“ Rechtsqualität	116
5. Kapitel:	Die Bedeutung der Schrankenklausele im Spannungsfeld zwischen kirchlicher Selbstbestimmung und AGB-Arbeitnehmerschutz	116
I.	Wirkungsweise der Schrankenklausele des Art. 137 Abs. 1 WRV als zwingende Vorfrage für das „Ob“ und das „Wie“ einer Vertragskontrolle von AVR	118
1.	Standpunkte zur Auslegung der Schrankenklausele aus Artt. 140 GG/137 Abs. 3 WRV	120

2. Wirkung der Schrankenklausele im Spannungsfeld von Selbstverwaltungsgarantie und AGB-Arbeitsrecht	121
a) Der Standpunkt Schaumbergs	122
b) Meinungsstand in Literatur und Rechtsprechung	124
c) Eigene Stellungnahme	126
3. Ergebnis	129
II. (Miss-)verhältnis zwischen der Schrankenklausele des Art. 137 Abs. 3 WRV und den „im Arbeitsrecht geltenden Besonderheiten“ i.S.v. § 310 Abs. 4 S. 2 BGB	130
1. Ausgangslage	130
a) Abwägungserfordernis	132
b) Problemstellung	132
c) Gang der Untersuchung	133
2. § 310 Abs. 4 BGB: Satz 1 oder Satz 2?	134
3. Die Anwendung von § 310 Abs. 4 S. 2 BGB auf kirchliche AVR	135
a) Der Tatbestand der „im Arbeitsrecht geltenden Besonderheiten“	136
b) Kirchliche AVR als „im Arbeitsrecht geltende Besonderheit“?	137
aa) Meinungsstand	137
bb) Der Ansatz Schaumbergs	140
cc) Der Ansatz des 6. BAG-Senats	141
c) Kritische Würdigung: zivilrechtliche oder verfassungsrechtliche Abwägung?	142
4. Gegenstand der „im Arbeitsrecht geltenden Besonderheiten“ im Fall kirchlicher AVR	143
a) Der Dritte Weg als Besonderheit des Arbeitsrechts	143
b) Das kirchliche Selbstbestimmungsrecht als Besonderheit des Arbeitsrechts	145
c) Stellungnahme	147
III. Fazit: Abwägung anstelle von Subsumtion	147

Inhaltsverzeichnis

6. Kapitel: Bestimmbarkeit des Kontrollmaßstabs für AVR aus der Wechselwirkung von Verfassungsgewährleistung und AGB-Recht	148
I. Anwendbarkeit der §§ 305-309 BGB als Schrankengesetz i.S.v. Artt. 140 GG/137 Abs. 3 WRV	150
1. Gewährleistungsbereich der kirchlichen Selbstbestimmungsgarantie	150
2. Eingriff	151
a) Verzicht auf die Verfassungsgewährleistung durch „Rechtswahl“?	151
b) Eingriff in das kirchliche Selbstbestimmungsrecht durch die §§ 305-309 BGB?	154
3. Zwischenergebnis	155
II. Gewinnung des Prüfungsmaßstabs für AVR aus der Wechselwirkung von Kirchenfreiheit und AGB-Arbeitsrecht	155
1. Gang der Abwägung	158
2. Kollisionslage	159
a) Der Dritte Weg als von der kirchlichen Selbstbestimmungsgarantie geschütztes Rechtsgut	159
b) Die AGB-Kontrolle von Arbeitsverträgen als Teil des Arbeitnehmerschutzes	160
c) Fazit zur Kollisionslage	161
3. Offenlegung und Begründung der Präferenz des einen Belangs vor dem anderen Belang	161
a) Abstrakte Gewichtigkeit der betroffenen Belange	162
aa) Gewichtigkeit des „Dritten Weges“ als Ausfluss des kirchlichen Selbstbestimmungsrechts	162
bb) Gewichtigkeit des AGB-Rechts für Arbeitnehmer	163
cc) Fazit	165
b) Grad der Beeinträchtigung der betroffenen Belange	166
aa) Grad der Beeinträchtigung des Dritten Weges	166

bb)	Beeinträchtigung des AGB-Arbeitnehmerschutzes durch die Geltung von AVR	167
(1)	Beeinträchtigung durch den Klauselinhalt?	168
(2)	Beeinträchtigung des Arbeitnehmer-AGB-Rechts durch ein Minus an „Richtigkeitsgewähr“ oder an „Verfahrensparität“?	169
(3)	Fazit	172
c)	Gewichtung der widerstreitenden Belange	173
aa)	Vergleich der Folgen bei vollständiger Durchsetzung des einen Belangs zulasten des anderen	173
bb)	Vergleichsanalyse mit der verwandten Abwägungslage im Kündigungsschutzrecht kirchlicher Arbeitsverhältnisse	176
d)	Gesamtabwägung	179
4.	Prüfungsmaßstab für AVR als Ergebnis der Abwägung	180
a)	Der Prüfungsmaßstab	181
b)	Umsetzung des Prüfungsmaßstabs im einfachgesetzlichen Recht	182
c)	Fazit	183
III.	Fazit zum Prüfungsmaßstab für die Kontrolle kirchlicher AVR	184
7. Kapitel:	Das „Wie“ der Kontrolle kirchlicher AVR in atypischen Fallkonstellationen	186
I.	Der Kontrollmaßstab von AVR bei Mängeln im Rechtssetzungsverfahren	186
II.	Die Bedeutung der Zuordnung des Arbeitgebers zur Kirche für den Kontrollmaßstab von AVR	189
III.	Die Bedeutung des Rechtsstaatsprinzips für die Kontrolle von AVR an den Beispielen von mehrstufiger Verweisung und Bekanntgabedefiziten	191
1.	Problemaufriss	191
2.	Auffassung in Schrifttum und Rechtsprechung	192
a)	Auffassung des BAG	192
b)	Auffassung im Schrifttum	193

Inhaltsverzeichnis

c) Stellungnahme	194
3. Eigener Ansatz	195
a) Der Einfluss des Rechtsstaatsprinzips	195
aa) Delegation von Regelungsbefugnissen auf „Sub-Kommissionen“	197
bb) Bekanntgabe der Beschlüsse der Unter- bzw. Regionalkommission	199
b) Fazit	200
3. Teil: Die AGB-rechtliche Behandlung der AVR-Verweisungsklausel	202
1. Kapitel: Die §§ 305 ff. BGB als (un)geeignetes Kontrollinstrument für die AVR-Verweisung?	202
I. Ausgangslage	202
1. Problemaufriss: Erscheinungsformen und Folgen einer AGB-Unwirksamkeit der Verweisung	203
2. Gang der Untersuchung	206
II. Ursprung des Problems: Die „Rechtsfolgen-Bipolarität“ der AGB-Kontrolle i.S.v. §§ 305 ff. BGB	207
1. Ausgangspunkt des Problems im System der §§ 305 ff. BGB	207
2. Das Verbot der geltungserhaltenden Reduktion	209
3. Fazit	210
III. Lösungsansätze zur Überwindung von bipolaren Rechtsfolgen	211
1. Blue-pencil-Test	212
2. Der Ansatz der „personalen Unwirksamkeit“: unwirksam nur in eine Richtung?	215
3. Das Instrument der lückenschließenden „ergänzenden Vertragsauslegung“	219
a) Der Lösungsansatz: Die lückenfüllende Vertragsergänzung	219
b) Analyse des Ansatzes der „ergänzenden Vertragsauslegung“ von AGB-unwirksamen Bezugnahmeklauseln	220
aa) Grund der Lücke: die AGB-Unwirksamkeit der Verweisungsklausel	221

bb) Anwendbarkeit des Instruments der „ergänzenden Vertragsauslegung“	222
(1) Verbot der geltungserhaltenden Reduktion	222
(a) Prävention	223
(b) Transparenz	223
(2) AGB-rechtliche Voraussetzungen der ergänzenden Vertragsauslegung	224
(3) Im Arbeitsrecht geltende Besonderheit i.S.v. § 310 IV 2 BGB	224
(4) Verfassungsrechtliche Gebotenheit	225
cc) Hypothetischer Wille der Vertragsparteien	225
dd) Eigene Stellungnahme zur Entscheidung des BAG vom 28.6.2012	227
(1) Die Vermengung von Bezugnahmegegenstand und Bezugnahmeklausel als Ursache der ergänzenden Vertragsauslegung	227
(2) Verhältnis von geltungserhaltender Reduktion und ergänzender Vertragsauslegung	228
(3) Fehlende Voraussetzung der ergänzenden Vertragsauslegung	229
(4) Ergänzende Auslegung der Verweisung als im Arbeitsrecht geltende Besonderheit?	229
c) Eigene Stellungnahme zur ergänzenden Vertragsauslegung von Bezugnahmeklauseln	230
4. „Im Arbeitsrecht geltende Besonderheiten“ als Ausweg aus der Rechtsfolgenbipolarität?	232
a) Ansatzpunkte für die Anwendung der Generalklausel des § 310 Abs. 4 S. 2 HS 1 BGB	232
b) Gegenstand der „Besonderheiten“ i.S.v. § 310 Abs. 4 S. 2 BGB	233
c) Stellungnahme	234
5. Stellungnahme zur Rechtsfolgen-Bipolarität	235

Inhaltsverzeichnis

IV. Probleme bei der AGB-rechtlichen Behandlung der AVR-Bezugnahme	237
1. Kontrolle nach § 305c Abs. 1 BGB, Überraschungsschutz	238
a) Einbeziehung des spezifisch kirchlichen Vertragsrechts	238
b) Verständnis des jeweiligen Verkehrskreises	241
c) Stellungnahme	243
2. Kontrolle nach § 307 BGB	243
a) Beschränkung der Inhaltskontrolle auf die Transparenzkontrolle?	244
b) Die Transparenz- und Angemessenheitskontrolle der Verweisungsklausel	246
3. Einseitiger Änderungsvorbehalt nach § 308 Nr. 4 BGB	248
4. Stellungnahme zum Meinungsstand in Rechtsprechung und Schrifttum	249
V. Fazit: Ungeeignetheit der §§ 305 ff. BGB als Kontrollinstrumente für die AVR-Verweisung	251
2. Kapitel: Die Herausnahme der Verweisungsklausel aus der AGB-Kontrolle	252
I. Verfassungsrechtliche Gebotenheit einer Herausnahme der AVR-Verweisung aus der AGB-Kontrolle	253
II. Die Vereinbarkeit der Kontrollfreiheit von AVR-Verweisungen mit den §§ 305 ff. BGB	254
1. Ausgangslage: Anhaltspunkte in den §§ 305 ff. BGB für die Kontrollfreiheit der AVR-Verweisungsklausel	254
2. Gang der Untersuchung	256
3. Die Frage des AGB-Charakters der Verweisungsklausel	257
a) Abgrenzung zum bloßen „Hinweis“	258
b) Rechtscharakter vertraglicher Verweisungsklauseln außerhalb des Arbeitsrechts	259
c) Die Frage des kontrollfähigen Inhalts der Verweisungsklausel – Meinungsstand in Schrifttum und Rechtsprechung	261

d) Auswirkung der Dynamik der Verweisungsklausel	264
e) Stellungnahme und Ergebnis zur Bezugnahmeklausel als „Vertragsbedingung“ i.S.v. § 305 BGB	264
4. Befunde aus den §§ 310 Abs. 4 Satz 2, HS 2 i.V.m. 305 Abs. 2 BGB	265
a) Wortlautanalyse der §§ 310 Abs. 4 S. 2 HS 2, 305 Abs. 2 BGB	266
aa) AGB-rechtliche Prüfung von vertraglichen Bezugnahmenklauseln außerhalb des Arbeitsrechts nach § 305 Abs. 2 BGB	267
bb) Über § 305 Abs. 2 BGB hinausgehende AGB-rechtliche Prüfung von vertraglichen Bezugnahmenklauseln außerhalb des Arbeitsrechts	268
cc) Zwischenergebnis und Stellungnahme zur Wortlautauslegung	269
b) Systematische Auslegung	270
aa) Sperrwirkung der §§ 310 Abs. 4 S. 2. HS 2, 305 Abs. 2 BGB	271
(1) Tatbestand der Einbeziehungskontrolle i.S.v. § 305 Abs. 2 BGB	272
(2) Tatbestand der allgemeinen Vorschriften der §§ 305c Abs. 1 und 307-309 BGB	273
(3) Fazit zum Vergleich der Tatbestände	274
bb) Analoge Anwendung von § 305 Abs. 2 BGB im Arbeitsvertragsrecht?	275
cc) Systematisches Argument aus § 310 Abs. 1 BGB	275
dd) Zwischenergebnis	276
c) Befunde aus der Gesetzeshistorie des § 310 Abs. 4 S. 2 HS 2 BGB	277
aa) Gang der Untersuchung	277

Inhaltsverzeichnis

bb)	Entwicklung des gesetzgeberischen Standpunkts seit Schaffung des AGB-Gesetzes	280
(1)	Der Zeitraum zwischen Inkrafttreten des AGB-Gesetzes und der Schuldrechtsreform	280
(2)	Die Entwicklung des gesetzgeberischen Standpunkts im Gesetzgebungsverfahren zur Schuldrechtsreform	280
(3)	Anhaltspunkte aus dem Verhältnis zwischen der Prüfbite des Bundesrates und der Reaktion der Bundesregierung im Gesetzgebungsverfahren	282
(4)	Anhaltspunkte aus der Bezugnahme zum allgemeinen Zivilrecht	282
(5)	Ausnahmslose Neuregelung oder (Teil-)Kontinuität? – Die Wechselwirkung zwischen Gesetzgeberwille und BAG-Rechtsprechung	283
cc)	Auswirkungen der Rechtsprechungsentwicklung auf die Deutung des Gesetzgeberwillens	286
(1)	Rechtsprechung zur Verweisungsklausel vor der Schuldrechtsreform	287
(a)	Urteile des BAG zur Auslegung arbeitsvertraglicher Verweisungsklauseln	287
(b)	Die Entscheidung des 10. BAG-Senats vom 13.12.2000	287
(c)	Die Entscheidung des 6. BAG-Senats vom 28.6.2001 – 6 AZR 114/00	289

(d) Die BAG Entscheidung vom 26.9.2001 – Rückschlüsse aus der AP-Anmerkung von Thüsing zur Rechtslage vor der Schuldrechtsreform	289
(e) Fazit zur Analyse der BAG-Rechtsprechung vor der Schuldrechtsreform	291
(2) BAG Rechtsprechung zur gerichtlichen Behandlung der Verweisungsklausel nach der Schuldrechtsreform	291
dd) Verhältnis zwischen Nachweisgesetz und Nichtanwendbarkeitsverweisung	293
ee) Zwischenergebnis zur historischen Auslegung	295
d) Teleologische Auslegung	297
e) Ergebnis	299
5. Die Kontrollfreiheit der AVR-Verweisung als „im Arbeitsrecht geltende Besonderheit“ i.S.v. § 310 Abs. 4 S. 2 BGB?	299
III. Eigene Stellungnahme zur AGB-rechtlichen Behandlung der AVR- Verweisungsklausel	303
1. Verhältnis zwischen Verweisung und Verweisungsobjekt – die Problematik des „Hineinlesens“	303
2. Eigener Ansatz	305
4. Teil: Schlussbetrachtung	310
Literaturverzeichnis	313

